

Paukenschlag: CDU-Fraktion kündigt im Rat „Nein“ zum Haushalt 2024 an

Von Sabine Robrecht

HÖXTER (WB). Nach monatelangen Kontroversen und Beratungen eines interfraktionellen Rotstift-Arbeitskreises hat am Donnerstag im Rat die Stunde der Wahrheit geschlagen. Geht der Haushalt endlich durch? Das Rennen blieb bis zuletzt offen.

Für einen Paukenschlag sorgte die CDU-Mehrheitsfraktion (17 von 42 Sitzen) in der Ratsdebatte: Vorsitzender Günther Ludwig kündigte in seiner Haushaltsrede ein Nein zum Etat an. „Der uns von Ihnen, Herr Bürgermeister, vorgelegte Haushalt zeigt keine Perspektiven auf, dazu lässt er jedwede Disziplin und auch Kreativität vermissen. Da bleibt uns nur, ihn abzulehnen“.

Im Hauptausschuss hatten die Christdemokraten sich nur enthalten. Das „Nein“ brachte jetzt im Rat mögliche Mehrheiten ins Wanken. Denn BfH (sechs Sitze) und UWG (drei Sitze) kündigten uneinheitliche Voten an. SPD (acht Sitze), Grüne (vier Sitze) und FDP (zwei Sitze) signalisierten Zustimmung. Bis zuletzt blieb es schließlich spannend, ob Höxter nach dieser Ratssitzung einen gültigen Haushalt haben würde. Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Loch von 9,5 Millionen Euro

Außergewöhnlich war es schon gewesen, dass eine Stadt bis in den Sommer ohne gültigen Haushalt wirtschaften muss. Ende Februar von Bürgermeister Daniel Hartmann und Kämmerer Martin Finke eingebracht, wies Höxters Etatplan ein Loch von 9,5 (!) Millionen Euro auf. Dieses ist siebenmal so groß wie der Fehlbetrag von 2023 (1,34 Millionen). Hinzu kommt, dass das Eigenkapital 2027 aufgebraucht und die Stadt somit dann pleite ist.

„Wo können wir sparen?“ Diese Frage führte zu einem monatelangen Gezerre – auch über den Standpunkt des Bürgermeisters Daniel Hartmann (parteilos), dass es Aufgabe des Rates ist, Einsparpotenziale auszuloten. Die CDU-Fraktion griff das Stadtoberhaupt für diese Haltung massiv an. Die FDP übte jetzt im Rat ebenfalls Kritik. Der Bürgermeister wolle nicht führen.

Rückendeckung bekam Daniel Hartmann von der SPD. Angesichts der Erkenntnis, dass es kaum Einsparpotenziale gegenüber dem eingebrachten Entwurf gebe, gelte es, „unseren Bürgermeister gegen Kritik und den Vorwurf der Verzögerung und mangelnder Unterstützung in Schutz zu nehmen“, betonte Fraktionschef Günter Wittmann in seiner Haushaltsrede.

CDU kritisiert Verweigerung bei Holibri

CDU-Fraktionsvorsitzender Günther Ludwig prangerte in seiner Rede an, dass Hartmann den Grundsatz „Aktenklarheit ist Aktenwahrheit“ schon lange hinter sich gelassen habe. Holibri, Musikschule, Sicherheitsdienst für drei Geflüchteten-Unterkünfte in der Kernstadt: Bei seinen Einwänden

nahm Ludwig kein Blatt vor den Mund. „Wir erlauben uns einen Sicherheitsdienst für 200.000 Euro per Anno, der

auf unsere Flüchtlinge und Asylsuchenden aufpasst. Wir sind die einzige Kommune im Kreis, das nur am Rande bemerkt, die sich diesen Luxus erlaubt.“ Außerdem: „Ein Sicherheitsdienst, nur für die drei Unterkünfte in der Kernstadt. In Stahle und Ovenhausen leisten diesen Dienst Ehrenamtliche. Ich möchte sagen, dass dies ein Schlag ins Gesicht dieser Ehrenamtlichen ist.“

Beim Holibri sei es nicht gewünscht gewesen, sich mit den Einsparpotenzialen der CDU auseinanderzusetzen. Beim ersten Hinsehen wirke das On-Demand-Angebot wie eine Erfolgsgeschichte. Die Statistik zeige aber, dass der Holibri im Durchschnitt mit 1,3 Personen fährt. „Man könnte auch davon reden, er fährt wie ein Taxi. Somit müsste er eigentlich auch bezahlt werden wie ein Taxi. Dies würde dem Gedanken des öffentlichen Nahverkehrs allerdings widersprechen. So aber kann es nicht weiter gehen.“

Die CDU habe vorgeschlagen, das Delta von 100.000 Euro zu minimieren und somit auch einen niederschweligen Einstieg zu finden, künftig alle Ortschaften des Stadtgebietes bedienen zu können. Nachjustiert werden könne mit einer Reduzierung der Haltestellen und einer Verbesserung der App. Das sei nicht gewünscht gewesen.

Im Stellenplan erkenne die CDU nicht die geringsten Bemühungen, eine Konsolidierung in Gang zu bringen. „Das Gegenteil ist der Fall und da ist das beste Beispiel unsere Musikschule. Dem Druck der Öffentlichkeit erlegen, haben Sie uns, obwohl immer eine kostengünstigere Alternative eingefordert wurde, nur einen Lösungsvorschlag vorgelegt, die denkbar teuerste Lösung, die sich nun auch im Stellenplan wiederfindet.“

Einnahmen generieren und nebenbei weniger ausgeben: Das müsse die Devise sein. „Deswegen macht sich die CDU auch stark für eine schnelle Erweiterung des Gewerbeparks Albaxen Stahle. Die Anträge dazu haben wir gestellt. Ich möchte Sie alle dazu auffordern, diesen Anträgen zuzustimmen.“

Bauhof bis Musikschule: SPD benennt „Giftliste“

Auf die chronische Unterfinanzierung der Kommunen in NRW und die äußeren Ursachen für das 9,5-Millionen-Loch, Stichwort Kreisumlage, NPH-Umlage, steigende Sozialaufwendungen, Energiekosten, Inflation, verwies **SPD-Fraktionschef Günter Wittmann**. Angesichts des geringen Spielraums für Einsparungen im Etat 2024 nahm er zukünftige Haushalte, also mittel- und langfristige Zeiträume, in den Blick: „Wir haben Einrichtungen und Sachverhalte identifiziert, die wir uns näher auf Einsparpotenziale anschauen werden“, sagte Wittmann und zählte die „Giftliste“ konkret auf: Bauhof, VHS, Bücherei, Musikschule, Sportstätten, Wirtschaftsförderung und Touristik, Höhe von Gebühren. Ohne Schmerzen werde das Konsolidieren nicht ablaufen.

Nicht zur Diskussion stünden für die SPD das Ehrenamt, die Ortschaftsmittel und das Jugendzentrum. Und: „Hände weg von den Feuerwehren“,



Lange hat die Verabschiedung des Statetats 2024 auf sich warten lassen. Das 9,5-Millionen-Euro-Loch hat Politik und Verwaltung Kopfzerbrechen bereitet. Monatelang wurde kontrovers diskutiert. Foto: dpa

mahnte Wittmann. Das Zusammenlegen von Löschgruppen gegen den Willen der Kameraden und gegen die Interessen der Ortschaften führten zum Tod des Freiwilligkeitsprinzips. „Es würde uns früher oder später zwingen, eine Berufsfeuerwehr zu installieren.“ Ähnlich verhalte es sich mit den Ortschaftsmitteln. „Diese zu kürzen, würde bedeuten, den Ehrenamtlern vor Ort den Teppich unter den Füßen wegzuziehen.“

Schulen, Hochschule, Wohnen, Hausarztversorgung (hier beantragt die SPD die Prüfung der Option eines kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums nach dem Vorbild von Marienmünster): Das seien die Themen der Zukunft. Die SPD begrüße die Überlegungen für einen Umzug der TH OWL nach Corvey. „Das von der Stadt geplante Besucherzentrum auf dem Gelände des Archäologieparks dürfen wir in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigen“, forderte Wittmann.

Das Schlusswort seines Fraktionskollegen Hans-Josef Held aus der Hauptausschusssitzung aufgreifend, appellierte er an alle Ratsmitglieder: „Lassen Sie es nicht zu, dass unsere schöne Stadt mit ihren Ortschaften klein und krank geredet wird. Stellen Sie persönliche und parteipolitische Animositäten zurück – hören wir auf mit der Selbstzerfleischung.“

BfH: Auch hausgemachte Probleme

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der BfH, **Barbara Rüstemeier**, führte die Finanzmisere der Stadt in einer dezidierten Ursachenanalyse auf nicht beeinflussbare, äußere Umstände, aber auch auf hausgemachte Probleme zurück. Mit 332,67 Euro Defizit pro Einwohner liege Höxter im vorderen Mittelfeld. Dieses bewege sich von 207,66 Euro in Beverungen bis zu 480,38 Euro in Bad Driburg. Dem Schönfärben dienten diese Zahlen aber nicht. Viel-

mehr bekräftigte Barbara Rüstemeier die jahrelangen Appelle ihrer Fraktion, die Sanierung der Stadtfinanzen gemeinsam anzugehen. „Seit nunmehr zehn Jahren mahnt die BfH-Fraktion eine Konsolidierung des Haushaltes und eine Verifizierung des Stellenplans an, weist auf den zu hohen Eigenkapitalverbrauch hin. Zugehört hat man uns nicht!“

Der Etat sei vorbestimmt durch Investitionen, die zum Teil Jahrzehnte zurückliegen. „So verursachen Investitionen der Vergangenheit noch heute über Abschreibungen, Betriebskosten und Unterhaltsaufwendungen Haushaltsbelastungen, die damit unsere Handlungsfähigkeit nachhaltig einschränken.“ Die Mehrausgaben seien, so stellte die BfH-Politikerin klar, auf Beschlüsse im Rat zurückzuführen. Allen voran die CDU, die als größte Fraktion und Mehrheitsgeber, sei ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

Ihr eigene Fraktion habe aber ebenfalls Investitionen mitgetragen, die den aktuellen Haushalt belasten. Die Mammutaufgabe der Konsolidierung könne nur parteiübergreifend gelingen. Einsparmaßnahmen seien nach Auffassung der BfH maßgeblich über den Stellenplan zu generieren.

Für Fraktionschef Ralf Dohmann kündigte Rüstemeier an, dass er nicht zustimmen werde, weil die in seinen letzten Haushaltsreden immer wieder geforderte nachhaltige Konsolidierung nicht stattgefunden habe. Sie selbst sei jedoch nach reiflicher Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu der Überzeugung gelangt, dass im Rahmen der Gegebenheiten das Mögliche getan wurde und werde deshalb zu stimmen.

UWG fordert Sparen beim Stellenplan

UWG-Fraktionschef Georg Heiseke kündigte ebenfalls kein einheitliches, aber mehrheitliches, „Ja“ zum Etat an. Er forderte beim Sparen einen Blick auf den Stellenplan. „Die Musikschule hat uns etliche neue Stellen beschert, da diese nun offiziell eine städtische Einrichtung geworden ist.

Wir leisten uns das auch aus dem Verständnis heraus, dass Musik für die Kinder und Jugendlichen ein hervorragendes Mittel ist, Freizeit vernünftig zu gestalten.“

Vonnöten sei insgesamt die Straffung des Stellenplans durch Verdichtung, das heißt Zusammenlegung von Stellen und Aufgaben. Mit Hilfe der weiter voranschreitenden Digitalisierung und speziell mit KI „muss es uns gelingen, Aufgaben zu vereinfachen und Abwicklungen zu beschleunigen.“

Ein Lichtblick sei das Plus bei der Landesgartenschau. „Ein positives Ergebnis ist zu vermelden. Das ist eine sehr schöne Botschaft an alle Zweifler und Gegner. Unsere Landesgartenschau hat am besten abgeschnitten vor allen anderen im gesamten Land im Jahr 2023.“

Grüne richten Blick auf das Gute

Den Blick auf das Gute richtete auch der **haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Berno Schlanstedt**. Höxter habe eine bezaubernde historische Innenstadt, zwei Schwimmbäder, eine wundervolle Freizeitanlage, eine moderne Stadthalle, eine Volkshochschule mit einem breiten Angebot, eine Bibliothek (besser: eine Mediothek), eine städtische Musikschule, alle allgemeinbildenden Schulen, einen individuellen Nahverkehr, ein Weltenerbe (Corvey), eine parkähnliche Wallanlage, eine neu gestaltete Weserpromenade, ein vielfältiges Vereinsleben und viel ehrenamtliches Engagement im Bereich der Feuerwehren, der Flüchtlingshilfe oder der Seniorenunterstützung.

Die Hochschule führe junge Menschen nach Höxter. Eine aktive Kaufmannschaft Sorge mit ihren Events und Märkten immer neu für Impulse in der

Innenstadt. „Für all dies reicht unser Geld im kommunalen Haushalt. Es reicht aber nicht dafür aus, die ständig neuen und ständig wachsenden Forderungen von Dritter Seite an den kommunalen Haushalt auch noch zu befriedigen.“

Der im Haushaltsentwurf vorgelegte Versuch der Verwaltung, den Spagat zwischen Sparbemühen und Erhalt der Lebensqualität in Höxter hinzubekommen, „beurteilen wir als gelungen und werden daher dem Verwaltungsvorschlag zustimmen“.

Auch FDP will Musikschule prüfen

FDP-Fraktionsvorsitzender Martin Hillebrand begründete das Ja der Liberalen mit der Verantwortung, die sie übernehmen. Der Bürgermeister habe es aufgezeigt. „Wir, der Rat, haben es in der Hand. Er will nicht Herr des Geschehens sein, sondern setzt nur die Beschlüsse des Rates um. Klarer kann man den Willen, nicht führen zu wollen, formulieren. Packen wir es also an und optimieren die Forstwirtschaft, um mit unserem Wald Einnahmen und nicht nur Ausgaben zu generieren.“ Zu hinterfragen sei die Notwendigkeit zweier Forstwirtschaften.

Für Gewerbetreibende gelte es, das Industriegebiet Albaxen-Stahle wirklich anzubinden. Die Willensbekundung stehe schon seit zehn Jahren im Haushalt, doch es tue sich nichts. Auf den Prüfstand will Hillebrand auch die Musikschule stellen: „Suchen wir Wege, um uns von der Betriebsführung der Musikschule zu lösen.“

Zu hinterfragen seien alle FDP-Investitionen, die noch nicht bereits gefördert oder begonnen wurden. Aber: „Wir stehen auch weiterhin zu unserem Wort und lassen unsere Ehrenamtler nicht im Regen stehen. Der Kunstrasenplatz für die Sportstätte West ist weiterhin notwendig.“ Im Arbeitskreis werde die FDP sich für ein verantwortungsbewusstes Sparen weiter einsetzen.



Georg Heiseke (UWG)



Günter Wittmann (SPD)



Barbara Rüstemeier (BfH)



Berno Schlanstedt (Grüne)



Martin Hillebrand (FDP)



Günther Ludwig (CDU)